

Christine Buci-Glucksman
Sozialdemokratie und Keynesianischer Staat
*Krise eines keynesianischen Modells und sozialistische Alternative **

1. Eine strategische Krise

Unbestreitbar sind heute die großen europäischen Sozialdemokratien – die schwedische, die englische oder die deutsche – gerade in dem Bereich in eine Krise geraten, auf den sie zur Entfaltung ihrer eigenen Strategie gesetzt hatten: im Bereich des keynesianischen Wohlfahrtsstaates und der Zielvorstellungen des kollektiven Wohlstands bzw. einer Verringerung der sozialen Ungleichheit durch Umverteilung der Erträge des wirtschaftlichen Wachstums; dem Bereich der dreiseitigen Kompromisse zwischen Unternehmerschaft, Gewerkschaft und Staat in Gesetzgebungs- und Aushandlungsprozessen; und schließlich in bezug auf das andauernde legitimatorische Gleichgewicht von kapitalistischer Akkumulation und politischer Legitimation bei den Massen.

Seit fünf Jahren haben sich die konjunkturellen Symptome dieser Krise unter dem Druck der neokonservativen und neoliberalen imperialistischen Gegenoffensive vervielfältigt: Verlust der Macht in Schweden (nach 44 Regierungsjahren) und in England (nach der einschneidendsten Niederlage in der gesamten Geschichte von Labour), Brüchigwerden der politischen Strategie und der Wählerbasis der SPD – einer SPD, die sich mehr und mehr in ihre verschiedenen Tendenzen aufspaltet und von einer gestärkten Linken und einer beispiellosen Friedensbewegung unter Druck gesetzt wird. Von allen Seiten steht sie im Kreuzfeuer der Kritik.

Die weltweite Krise des Kapitalismus hat die innere Krise der keynesianischen Strategien der Sozialdemokratie verstärkt; die inneren Grenzen und Schwächen der sozialdemokratischen Praxis der letzten 30 Jahre und die ihres sozio-ökonomischen und politischen Modells sind zum Vorschein gekommen.

Gewiß halten die Verfechter der anti-keynesianischen und neoliberalen Strömungen nicht zurück mit ihrer Denunziation der sozialdemokratischen »Bürokratisierung«, ihres »Totalitarismus«, der Infantilisierung der Gesellschaft, des Preises, den ihre Gigantomanie verlangt, der Maßlosigkeit ihres Steuersystems und der negativen Auswirkungen einer Verwaltung der »Nachfrage«, die unmodern oder unmöglich sei. Ralf Dahrendorf ruft bereits die Zeit der »Nach-Sozialdemokratie« aus, indem er feststellt, daß »die sozialdemokratische Herangehensweise an die augenblicklichen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Probleme außer Atem gekommen ist« und daß sie nicht mehr in der Lage sei, zur Lösung dieser Probleme beizutragen. Und daß »die Sozialdemokratie aufgehört hat, eine Stätte der politischen Reflexion zu sein«.¹

Hinter diesen Kritiken zeichnet sich eine von Rechts hervorgebrachte liberal-konservative Analyse der Krise als einer »Krise der Regierbarkeit« ab, als Krise im Sinne einer »Überla-

* Ein Teil des vorliegenden Textes ist einem Referat entnommen, das ich auf dem von der UNAM (Abteilung für Politische Wissenschaften) im Juli 1981 veranstalteten Colloquium von Mexico mit dem Thema *Die sozialistische Internationale* gehalten habe.

stung« der Regierung und des Staates und eines Übermaßes an Demokratie, an Politisierung und eines Ausufers von an den Staat gestellten Forderungen.² Entsprechend dieser Analyse wäre die Krise der sozialdemokratischen Strategien nichts anderes als der Ausdruck einer Krise des Wohlfahrtsstaates, der sich geradezu in einen »bürokratischen« und »autoritären« Leviathan verwandelt habe. Auf dieser Grundlage werden dann liberal-konservative, eindeutig antireformistische bzw. antikeynesianistische Heilmittel propagiert: Abbau des Sozialstaats (Verringerung der öffentlichen Ausgaben, der Sozialleistungen; Reprivatisierung verstaatlichter Wirtschaftssektoren, etc.); Erhöhung des Militärhaushalts; Ausbau eines »starken« Staates, der seine Bürger nur noch von oben verwaltet; wirtschaftspolitische Methoden, die auf eine Wiederherstellung des freien Marktes und staatliche Förderung der wichtigsten Bereiche der kapitalistischen Akkumulation abzielen – sowie Sparprogramme, in denen es darum geht, die Arbeiterklasse und die lohnabhängige Bevölkerung zu disziplinieren bzw. zu spalten³.

Diese Kritiken am Keynesianismus, die eine »Rückkehr zur freien Marktwirtschaft«, eine »Minimalregierung«, entpolitisierende Legitimitätsverfahren auf ihre Fahnen schreiben, können sich in der Tat auf eine objektive Tendenz stützen: auf die Krise des keynesianischen Staates und auf den beginnenden Übergang zu einem post-keynesianischen Staat – Entwicklungen, die seit 10 Jahren im Gange sind. Diese Krise geht anscheinend mit einer strukturellen Modifikation der Beziehungen zwischen politischem System und Gesellschaft einher, wie sie an der sich gegenwärtig vollziehenden Umgestaltung des Staates deutlich wird. Der keynesianische Staat hat in seiner Krise nachgerade zu einer Verschiebung der Formen der Machtausübung geführt: zwischen dem, was man die *Politik der Konsensvermittlung* bezeichnen kann (des parlamentarischen Systems, das Parteiensysteme als Träger der politischen Vermittlungs- und Repräsentationsprozesse gegenüber der bürgerlichen Gesellschaft begreift) und dem, was die *Politik als Entscheidungsinstanz* darstellt, die immer weniger sichtbar und zugleich immer mächtiger wird (die staatlichen Technokraten; die politische Macht der großen Verbände der Gesellschaft, die ihre Verwaltung und Reproduktion besorgen; die beispiellose Konzentration wirtschaftlicher Macht in den Händen der vom Nationalstaat immer unabhängiger werdenden multinationalen Konzerne).

Diese Verlagerung der Politikformen hat geradezu einen Prozeß der »Entformalisierung des Staates und der Politik« in Gang gesetzt, und zwar sowohl hinsichtlich der Machtverhältnisse als auch hinsichtlich der Beziehungen zwischen bürgerlicher Gesellschaft und Staat. Aus diesem Prozeß erklärt sich, daß das keynesianische Gleichgewicht auf allen Ebenen in Frage gestellt wird: Wirtschaftspolitik, Klassenkompromisse, ausgehandelte Kompromisse... Dementsprechend hat diese Krise die Sozialdemokratie auch von innen her erreicht, so daß sich verstärkt unterschiedliche Richtungen im Inneren der sozialdemokratischen Parteien herausgebildet haben. In der »sozialdemokratischen Linken« kam es so zu einer richtiggehenden Infragestellung des keynesianischen Modells zugunsten einer Wiederbelebung der Ideen des Sozialismus.

Das erste und sichtbarste Anzeichen dieser Entwicklung ist ein seit 10 Jahren eindeutig sich vollziehender Verfall der sozialdemokratischen Hegemonie, also der Fähigkeit der sozialdemokratischen *Parteien*, ihre eigene Basis und die Gesellschaft wirklich noch zu repräsentieren. Ein einfacher quantitativer Vergleich zwischen der Wähler- und Mitgliederbasis der SAP, der Labour-Party und der SPD läßt parallele, wenn auch in den einzelnen Ländern unterschiedliche Tendenzen hervortreten: im Rückgang des Einflusses unter der Arbeiterschaft; eine an den sozialen Pluralismus der Wählerschaft und der Partei gebundene Ten-

denz zu einer über den Klassen stehenden Technokratie; die Unfähigkeit, ein wirklich hegemoniales Verhältnis zur Gesamtheit der post-keynesianischen sozialen Bewegungen zu entwickeln, die sich *außerhalb des Produktionsbereiches* gebildet haben (Umweltschutz-, Frauen- und Jugendbewegung).⁴ Gewiß unterscheidet die verschiedenen Parteien mehr als nur eine bloße Nuance. Die SAP hat sich zum großen Teil ihre Arbeiterbasis erhalten, während die Labour-Partei ihre Mehrheit unter den Schichten der un- und angelernten Arbeiter (42 %) verloren hat. Aber die zunehmende soziale Differenziertheit der entwickelten kapitalistischen Gesellschaften, die Auswirkungen einer ökonomischen Krise mit Massenarbeitslosigkeit und der Inflation, einer Aufspaltung der Arbeiterklasse und ihrer Interessen sowie die Grenzen, die einer weiteren Ausweitung des Staates und der staatlichen Verwaltung der »bürgerlichen Gesellschaft« gesetzt sind, führen zu einer Schwächung der programmatischen und hegemonialen Kraft der sozialdemokratischen Parteien. *Eine Krise ihrer politischen Repräsentativität* setzt sie der Kritik von zwei Seiten aus, von seiten der konservativen Rechten ebenso wie von seiten der sozialen Bewegungen. Zugleich findet eine innere Zersetzung der verschiedenen Elemente statt, aus denen ihr politisches Modell besteht (Verselbständigung der gewerkschaftlichen Kämpfe, Krise der Funktionen des sozialen Ausgleichs und der Systemintegration).

Von hier aus betrachtet, verweist die *innerparteiliche Krise* auf eine Krise des *institutionellen Dreiecks*, das die Grundlage des keynesianischen Staates bildete und das den traditionellen Ort der Politik seit der historischen Herausbildung der Arbeiterklasse bestimmte: *Produktion* (Unternehmerschaft, Gewerkschaften), *Parteien* und *Staat*. Eine solche Dreierkonstellation hatte gewiß von den 30er Jahren an (Regierungsübernahme der schwedischen Sozialdemokratie, *New Deal* in den USA) und vor allem in den Jahren von 1950 bis 1968 eine Stabilisierung bzw. Institutionalisierung der Massenbewegungen sowie eine Reduzierung des politischen Bereiches auf seine traditionellen Teile ermöglicht: auf einen ökonomischen Teilbereich (Gewerkschaften) sowie auf einen politischen (Parteien). Aber das Eindringen des keynesianischen Staates selbst noch in den Bereich der Steuerung des ökonomischen Zyklus und die Politisierung der wirtschaftlichen und sozialen Sphären, die er damit auslöste, sowie die Frustrations- und Entfremdungserscheinungen in der Gesellschaft, die diesen Prozeß begleiteten, führten zum Auftreten *einer Politik außerhalb des Staates* (und der Parteien), zum historischen Auftreten der neuen, *demokratischen Handlungsträger* einer neuen, »transversalen« Konfliktstruktur, die das Herzstück der sozialdemokratischen Praxis in Frage stellte: die Überwindung von sozialen Konflikten und die Reduzierung der gesellschaftlichen Komplexität durch den Staat.

Unter diesen Umständen konnte man auch innerhalb der Sozialdemokratien durchaus eine sozialistische Kritik am keynesianischen Modell zu hören bekommen, das seine Grenzen deutlich gezeigt hatte. Dies gilt sowohl für die Kritik des linken Flügels der *Labour Party* um Tony Benn oder für die schwedische Gewerkschaftslinker um Meidner als auch für die marxistische Linke in der SPD (von den Jusos bis hin zu anderen Strömungen). Der sozialdemokratischen Ideologie einer *linearen und kontinuierlichen Demokratisierung*, die es ermöglichen sollte, innerhalb des evolutionären Rahmens eines »demokratischen Sozialismus« den Übergang von der politischen Demokratie zur sozialen und schließlich zur wirtschaftlichen und industriellen Demokratie zu vollziehen, haben die Linken die folgenden gewichtigen Tatsachen entgegengehalten: das Fehlen jedweder Form von ökonomischer und industrieller Demokratie, die beispiellose Konzentration der wirtschaftlichen Macht sowie die Entstehung der multinationalen Konzerne, durch die die Arbeiter jeder realen

Macht beraubt wurden, und die etatistische und bürokratische Deformation des Staates. So erklärte Gunnar Nielson (LO) in einem Interview mit *Paterna*, daß wir zu Zeugen »einer beispiellosen Konzentration der wirtschaftlichen Macht in Schweden« geworden sind. Und er schloß sich ausdrücklich der Auffassung derjenigen an, die »glauben, daß die Sozialdemokratie sich 44 Jahre lang darauf beschränkt hat, eine kapitalistische Gesellschaft zu verwalten«⁵. Eine zutreffende Feststellung, wenn man bedenkt, daß zwei Großbanken und etwa 20 multinationale Großkonzerne das schwedische Wirtschaftsleben beherrschen.⁶ In die gleiche Richtung geht eine Äußerung Tony Benns, der in »Arguments for Socialism« eine höchst kritische Bilanz des keynesianischen Wirtschaftsmanagements und des institutionalisierten Dreiecks von Gewerkschaften, Kapital und Staat zieht: »Wir finden, daß die gemischte Wirtschaft, so wie sie entwickelt worden ist, unserem Volk nicht die erwarteten Resultate gebracht hat.«⁷ Und er zeigt die negativen Auswirkungen der Konzentration der wirtschaftlichen Macht auf die Demokratie auf: Während 1950 die 100 größten Unternehmen 20 % des Nationalprodukts erzeugten, so lag deren Anteil 1973 bei 46 % und 1980 bei 66 %. Diese Art von Kritik und derartige Feststellungen beschränken sich dabei nicht nur auf den wirtschaftlichen Bereich. Sie beziehen oft das Feld gewerkschaftlicher und politischer Praxis mit ein. So bemerkte Stuart Holland in seiner Kritik an den vorherrschenden Pluralismuskonzeptionen der *Labour Party*, daß man die Tarifverhandlungen alle schon deshalb auf die Fragen der Gehälter und der Arbeitsbedingungen eingeschränkt habe, weil Staat, Unternehmer und Gewerkschaft auf die gleiche »Verhandlungsebene« gestellt worden seien. Dadurch wurde eine richtiggehende »Verdrängung der Gewerkschaftsmacht« herbeigeführt und eine beispiellose Herrschaft des Staatsapparats – d.h. von Partei und Regierung (bzw. der Parlamentsfraktion über die *Labour Party*) -- hervorgebracht.⁸ Diese Äußerungen kommen bereits der sehr viel radikaleren Kritik an dem in den letzten Jahren vollzogenen Prozeß einer korporatistischen und autoritären *Etatisierung* nahe, wie sie von Stuart Hall, Chas Critcher, Tony Jefferson, John Clarke und Brian Roberts in »Policing the crises« entwickelt worden ist. Diesen Kritikern zufolge handelt es sich bei der bisherigen Politik geradezu um eine »Neuzusammensetzung der Arbeiterklasse von oben«⁹. Eine wirtschaftliche Konzentration, die jede wirkliche industrielle Demokratie ausschließt und jegliche Gleichheit einschränkt, sowie ein Etatismus bzw. Staatssozialismus, in dem der soziale Konsens versagt und die Hegemonie schwindet – dies sind die »Übel« und »Schwächen« des keynesianischen Modells, die von seinen Kritikern angeprangert werden. Natürlich setzen diese Kritiker jeweils ihrerseits eine *ganz bestimmte Analyse der Krise* und ihrer möglichen Lösungswege voraus, nämlich eine Herangehensweise, die den Positionen der liberal-konservativen Kritiker genau entgegengesetzt ist: Zur Krise des keynesianischen Modells kommt es nach ihrer Auffassung nicht aufgrund eines *Übermaßes an Staat*, sondern ganz im Gegenteil aufgrund der Grenzen, auf die der Staat hinsichtlich der *demokratischen* Regierung der Gesellschaft stößt. Die externen Grenzen liegen dabei auf dem Gebiet der Internationalisierung des Kapitals, die internen Grenzen bestehen in dem Gewicht des monopolistischen Wirtschaftssektors und in den allzu inkohärenten und bürokratischen Strukturen staatlicher Entscheidungsprozesse. Daher kommt es schließlich zum Wiederaufleben einer *sozialistischen Alternative* zur Sozialdemokratie, die die folgenden Schwerpunkte aufweist: eine Politik der Verstaatlichungen, eine demokratische Wirtschaftsplanung, eine Kontrolle der Investitionen durch die Gewerkschaften und sogar (wie im englischen Fall) ein Rückgriff auf protektionistische Politik. Insgesamt greift man also nicht weniger auf Keynes zurück, sondern eher *mehr und mit einer anderen Konzeption*

und Verteilung, um Formulierungen aus dem Plan der dänischen Gewerkschaft »Keynes plus« zu übernehmen¹⁰. Im Grunde wird damit der Übergang von einem für die »soziale Marktwirtschaft« charakteristischen »liberalen« Keynesianismus zu etwas anderem vollzogen, was man als »Links-Keynesianismus« bezeichnen könnte und was seinerseits zwei Versionen aufweist: eine rationalisierungsorientiert-korporatistische und eine andere, eindeutig demokratisch orientierte Variante. In der ersten Version (wie etwa dem wirtschaftspolitischen Projekt der europäischen Gewerkschaften) geht es darum, an die Stelle des »keynesianischen Paktes« der Wachstumsphase geeignete neue Verfahren zur Erreichung eines Konsens und entsprechender politischer Regelungen zu setzen, die es ermöglichen sollen, die »Regierbarkeit« des Staates zu verbessern und damit zugleich die Basis des sozialen Konsenses zu verbreitern. Von daher ergeben sich dann Bemühungen um eine Institutionalisierung der Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaft, Staat und Unternehmerschaft, die darauf abzielen, das System der Interessenvertretung durch eine »para-institutionalisierte Konzertierung« zu erweitern¹¹. Eine Lösung, die bereits in den verschiedenen Formen eines liberalen – und mehr oder minder staatlichen – Korporatismus der sozialdemokratischen Regierungen in den letzten Jahren ausprobiert wurde (vgl. die Arbeitsmarktpolitik in Schweden, die konzertierte Aktion in Deutschland und die Sozialpartnerschaft in Österreich). In der zweiten Version wird davon ausgegangen, daß die Krise der »Regierbarkeit« nicht allein auf dem Wege einer »para-institutionellen« Erweiterung der politischen Vermittlungsinstanzen gelöst werden kann, da sie ja an Wirtschaftsstrukturen (monopolistische Konzentration) gebunden ist, die eine wirkliche *unmittelbare Einwirkung* des Staates auf die Führungs- und Entscheidungsmechanismen des Wirtschaftsprozesses ausschließen. Mit Nachdruck werden deshalb auch die folgenden Forderungen erhoben: eine dezentralisierte Planung, eine direkte Investitionskontrolle (Verstaatlichung der Banken und der führenden Branchen der Industrie), sogar auch schon ein »Selbstverwaltungs-Sozialismus« (vgl. den gegenwärtigen »Fall Frankreich«). In dieser Perspektive radikalisiert sich dann auch die Kritik am keynesianischen Modell in entsprechender Weise. So findet man in dem Sammelband der schwedischen sozialdemokratischen Linken »Der notwendige Aufbruch«¹², den Bo Berhardsson und Jan Kolt herausgegeben haben, eine klare Orientierung auf das Selbstverwaltungsmodell und eine heftige Kritik an der Ideologie des Wohlfahrtsstaates und seiner strukturellen Grundlagen – an der tayloristischen Arbeitsorganisation und an ihren Auswirkungen auf die gewerkschaftliche Praxis. Eine Entbürokratisierung der sozialen Einrichtungen soll den Benutzern ein Mitspracherecht einräumen, neue basisdemokratische Einrichtungen sollen in den Wohnvierteln und Fabriken geschaffen werden; dies sind einige der Elemente dieses Projektes des Selbstverwaltungssozialismus, die man etwa im Sozialismus französischer Prägung wiedererkennen kann. Dieses Projekt umfaßt aber auch die Konzeption einer »Demokratie der Massen«, wie sie bestimmte italienische Strömungen und Versuche kennzeichnet.

Damit bleibt aber der Kern des Problems offen. Macht die Krise des keynesianischen Staates – der gewissermaßen das Rückgrat der europäischen Sozialdemokratien bildete – es nicht erforderlich, noch einen Schritt weiter zu gehen, d. h. also auch noch die Probleme des Post-Keynesianismus, eines *post-keynesianischen Sozialismus* in Angriff zu nehmen? Hinsichtlich einer solchen Perspektive möchte ich hier zwei strategische Fragen aufwerfen: (a) Wie können wir die Krise des keynesianischen Modells erklären? Wird die Krise nicht durch das spezifische Verhältnis verursacht, das die Sozialdemokratien zum Wohlfahrtsstaat und zum Keynesianismus hatten? Dieses Verhältnis möchte ich als eine Art von

Staats-Reformismus begreifen oder – um einen Begriff von Gramsci zu übernehmen – als eine spezifische Form von *passiver Revolution* mit zutiefst widersprüchlichen Auswirkungen.

(b) Macht die Krise eines solchen über 30 Jahre alten historischen Modells nicht auch eine radikale Neuformulierung der sozialistischen Alternativen zur Sozialdemokratie erforderlich, um sie in die Lage zu versetzen, die historische Krise des Keynesianismus auf nationaler ebenso wie auf weltweiter Ebene (Nord-Süd-Beziehungen) in den Blick zu bekommen? Nehmen wir einmal eine konjunkturbedingte Anwendung eines Linkskeynesianismus (vgl. den »Fall Frankreich«) – impliziert dann nicht sein Erfolg auch die Notwendigkeit, weiter zu gehen zum Aufbau eines *post-keynesianischen Sozialismus*, um von vornherein ein Auftreten bestimmter »toter Punkte« in den Beziehungen zwischen Arbeiterklasse und Staat zu vermeiden?

2. Sozialdemokraten und keynesianischer Staat: ein Staatsreformismus in der Krise

In der gesamten Geschichte der Sozialdemokratien, d. h. seit ihrem Ursprung im Jahre 1869, hat die Frage des Staates – seiner Ideologie und Praxis – immer eine zentrale und gestaltende Rolle gespielt. Und dies allein schon aufgrund der Art und Weise, in der die Herausbildung der großen sozialdemokratischen Parteien vor 1914 vor sich gegangen ist: Überwiegend im Rahmen eines Kampfes für den liberalen Staat, für das allgemeine Wahlrecht und die verschiedenen politischen und bürgerlichen Freiheitsrechte. Sowohl ihre gesamte spätere Praxis als auch die großen Debatten innerhalb der Sozialdemokratie (z. B. die über den Revisionismus und die über die Oktoberrevolution) waren dadurch gekennzeichnet. Bereits zu dieser Zeit legte Bernstein in seiner Kritik an den Grundlagen der Marxschen Theorie die ersten klassenneutralen und evolutionären Konzeptionen über Staat und Demokratie vor. »Dank des Stimmzettels, aufgrund von Demonstrationen und anderen ähnlichen Druckmitteln erreichen wir heute *Reformen*, deren Verwirklichung noch vor hundert Jahren blutige Revolutionen erfordert hätte«¹³.

Ebenfalls seit dieser Zeit – und im Rahmen der Sozialdemokratien, die sich noch auf den Marxismus beriefen – tritt die *strukturelle Ambiguität der Sozialdemokratie als historische Erscheinung* zutage:

Eine Sozialdemokratie gibt es nur dort, wo eine kapitalistische Produktionsweise besteht; sie schließt demgemäß eine zunehmende Hinnahme der herrschenden politischen und ökonomischen Spielregeln ein.

Entgegen allen »instrumentalistischen« Staatsauffassungen, die den Staat allein auf seine Klassenbasis – unabhängig von den Regierungsformen – reduzieren, bedeutet das aber nicht zwangsläufig, daß alles, was in diesem Staat institutionalisiert ist (individuelle oder politische Freiheitsrechte, soziale Rechte auf Erziehung, auf Arbeit, auf Gesundheit usw.) unbedingte seinem Wesen nach bürgerlich-kapitalistisch sein muß. Denn diese Rechte sind der kondensierte Ausdruck für das Kräfteverhältnis zwischen den Klassen, um eine Formulierung von Nicos Poulantzas zu verwenden¹⁴. Deshalb haben die Politikformen der Sozialdemokratie durchaus Forderungen der Arbeiterklasse und der Volksmassen an den Staat aufgreifen können, auch wenn dies auf eine passive, bürokratische und korporatistische Art – durch die Institutionalisierung aller Interessen – geschehen ist.

Dieser historische Doppelcharakter, der zum Teil die Herausbildung und den Fortbestand

der großen europäischen sozialdemokratischen Parteien erklärt, hat sein volles Ausmaß erst mit der keynesianischen Revolution in der bürgerlichen Politik entfalten können. Und nach dem zweiten Weltkrieg wurde er dann ein wesentliches Element sozialdemokratischer Regierungspolitik¹⁵. Zum ersten Male wurde es möglich, in ihrem ganzen Umfang (Wirtschafts- und Staatspolitik, Klassenbündnisse) die Stabilisierung des kapitalistischen Systems mit einem Programm sozialer Umgestaltungen zu verknüpfen und damit die Sozialdemokratie aus den strategischen Sackgassen der Vorkriegszeit herauszuführen. Wie G. Vobruba zu Recht bemerkt hat: »Der Keynesianismus eröffnete der Sozialdemokratie die Möglichkeit, ihr eigenes Konzept von Macht, das auf der Interessenvertretung der Lohnabhängigen beruhte, bewahren zu können und gleichzeitig funktionell im Sinne der Reproduktion des gesellschaftlichen Status quo zu intervenieren«¹⁶. Das bedeutete ein neues Reformkonzept, das vom Weimarer neo-marxistischen Reformismus ebenso wie vom Austro-Marxismus ziemlich weit entfernt war. Und davon ausgehend bedeutete es eine neue Form von »Reformismus«, den man als *Staatsreformismus*, *Strukturereformismus* bezeichnen kann, der einer ganzen Phase der kapitalistischen Akkumulation angehört und nicht bloß konjunkturell bedingt ist.

Deshalb hat der Aufstieg des Staates zu einem ökonomischen, politischen und sozialen *Subjekt*, zu einem Organisator von Interessen und Ansprüchen, dem kritischen Paradigma der Dritten Internationale (aber auch dem neo-marxistischen Modell der Sozialdemokratien von vor 1939) einen schweren Schlag versetzt. Die meisten Kategorien, die entwickelt wurden, um die Sozialdemokratie von außen anzuprangern (Instrument des Großkapitals, des Imperialismus, Klassenkollaboration, parlamentarischer Reformismus oder Abweichung von einer idealtypischen Vorstellung der Revolution) haben sich als ungeeignet und als von geringer analytischer Kraft erwiesen.

Die massenhafte historische Herausbildung bestimmter Formen von Arbeiterbewegung vollzieht sich auf drei Ebenen: Massengewerkschaft, Partei und korporative Vereinigungen in der bürgerlichen Gesellschaft. Das heißt eine *spezifische Form von Politik*, die den Rahmen von Wahlen überschreitet und eine bestimmte Anzahl von Konstanten aufweist: Gliederung Partei-Gewerkschaft, vom Ursprung herrührender Arbeiterklassencharakter, Etatismus (Staatssozialismus) in parlamentarischer Form, Praxis des Verhandeln mit Staat und Kapital. Eine solche »Massenpolitik« erweist sich als allen essentialistischen und instrumentalistischen Ansätzen gegenüber der Sozialdemokratie überlegen, die aus den ökonomischen und »*klassenreduktionistischen*«¹⁷ Auffassungen des Marxismus hervorgehen und die die Sozialdemokratie als ihrem Wesen nach reformistisch darstellen, ohne nach den Gründen für ihr Fortbestehen, nach ihren Widersprüchen und nach ihren inneren Entwicklungsprozessen zu fragen.

Mit der Entwicklung eines Keynesianismus, der sich gerade in der kapitalistischen Wachstums- und Expansionsphase auf eine Ausweitung der Arbeiterklasse und der lohnabhängigen Bevölkerung bezog und auf ihre Herausbildung zu einem eigenständigen ökonomisch-sozialen Subjekt durch den Wohlfahrtsstaat stützt, macht die Analyse der sozialdemokratischen Regierungspraxis mehr denn je eine richtiggehende *methodologische* Umwälzung erforderlich. Man darf nicht mehr allein von den Beziehungen zwischen Staat und herrschender Klasse ausgehen, um daraus die Formen sozialdemokratischer Politik abzuleiten, sondern man muß in der Art Gramscis die politische, hegemoniale, durchaus nicht evolutionäre Geschichte der Beziehungen zwischen Arbeiterklasse und/oder Volksmassen in ihrem Staat-Werden, in ihrem »Regierungsklasse«-Werden hinterfragen. Von diesem Ge-

sichtspunkt aus betrachtet, stellt dann der Übergang der reformistisch-marxistischen Sozialdemokratien von vor 1939, deren Ziel es war, allmählich das kapitalistische System zu überwinden, zu den keynesianischen Sozialdemokratien der letzten 30 Jahre, die jeden marxistischen Anspruch auf ihren auf Bad Godesberg folgenden Kongressen aufgegeben haben, einen ziemlich bemerkenswerten Bruch dar, aufgrund dessen die für die Erfahrungen von Weimar oder des Austro-Marxismus charakteristischen Zielvorstellungen und Praktiken mit Bezug auf Wirtschaft und Staat als vollständig überholt worden sind. Gewiß griff der Staat damals, gemäß der für Weimar charakteristischen Praxis der »*ausgehandelten Demokratie*« (Rusconi), durchaus in »die bewußte Organisation der Gesellschaft« als ein sozialtechnokratisches, auf das Parteiensystem ausgerichtetes Subjekt ein – er modifizierte dabei jedoch in keiner Weise die Regulierung des wirtschaftlichen Zyklus noch drang er etwa in die Verwaltung des Lohnverhältnisses ein: Er blieb im Rahmen eines neoklassisch definierten ökonomischen Raumes¹⁸.

Aufgrund einer eigenartig paradox verlaufenen Entwicklung scheint der Kapitalismus den folgenden Prozeß ausgelöst zu haben: Eine Erhöhung der Komplexität der sozialen Sphäre und eine mit dem Wohlfahrtsstaat einhergehende Verflechtung der Politikformen, die ihrerseits die Durchsetzungsformen des Reformismus vervielfältigt hat, aber zugleich – in Krisenzeiten – den Staat brüchig werden läßt. Deshalb hat sich strukturelle Affinität zwischen Sozialdemokratien und Keynesianismus am Staat festgemacht, d. h. an den *widerprüchlichen Auswirkungen* eines »Staatsreformismus« auf allen Ebenen der Gesellschaft. Daraus ergeben sich die wesentlichsten Züge des keynesianischen »Modells«, wie es von den frühen 50er bis in die 60er Jahre hinein (und vor allem in den Jahren des Keynesianismus der Wachstumsperiode) vorherrschte:

– *Keynesianischer Staat und »Staatsreformismus«*

Die historische Entwicklung des Wohlfahrtsstaates brachte eine qualitative Umgestaltung des Staates mit sich, den Übergang zu einem *erweiterten Staat*, in welchem das politische System zum Rahmen und zum leitenden Mechanismus der Wirtschaft wird. Indem der Staat in die Verwaltung des Lohnverhältnisses selbst und in die »soziale« Verwaltung der Beziehungen zwischen Lohnabhängigen und Nicht-Lohnabhängigen eindringt, wirkt er nicht mehr nur auf ökonomischem Gebiet »interventionistisch«.

Der Keynesianismus bringt *eine Art staatlicher Vergesellschaftung* auf dem Weg über die Übernahme der Kosten für die Erhaltung der Arbeitskraft in Form von Geldleistungen (Renten, Krankenversicherung, Arbeitslosenunterstützung) oder Sachleistungen (beispiellose Entwicklung des Schul- und Gesundheitswesens und der kollektiven Einrichtungen) hervor. Von diesem Moment an steht die Arbeiterklasse nicht mehr außerhalb der Institutionen, sondern wird mehr und mehr zum ökonomischen und sozialen Subjekt, zur Trägerin von Forderungen und Bedürfnissen, ja eines *Anspruchs auf den* (sozialen und umverteilenden) *Staat*, der über ihre eigenen gewerkschaftlichen und politischen Organisationen vermittelt wird.

Deshalb ist der keynesianische Staat nicht nur ein Staat, der keynesianische Wirtschafts- und Finanztechniken benutzt. Sondern in erster Linie ein Staat, der bestimmte Arten von historischen Klassenkompromissen – d. h. von zwischen Staat, Gewerkschaften und Unternehmerschaft ausgehandelten Kompromissen – institutionalisiert. Das bedeutet *neue*

strukturelle Formen der Politik, die an die doppelte Rolle des Staates als Entwicklungsmodell (für kapitalistische Akkumulation und Systemstabilisierung) und als Hegemonie-Modell (im Sinne eines Reformprogramms) gebunden sind. Ein derartiger historischer Prozeß kann mit Gramscis Begriff der *passiven Revolution*¹⁹ analysiert werden: Es handelt sich durchaus um eine »*Revolution*«. Der Keynesianismus wurzelt in einer beispiellosen Modernisierung der Produktivkräfte und der Produktivität des Kapitals und – auf dieser Basis – in einem »tayloristisch-fordistischen« Industrialisierungsmodell, das zwar die Ungleichmäßigkeit der Nord-Süd-Entwicklung verschärft, aber innerhalb der gesamten Expansionsphase eine Umverteilung der Wachstumserträge und eine Erweiterung sozialer Rechte ermöglicht hat. Aber sie blieb durchaus *passiv*, das heißt, sie wurde vom Staat als Organisator der Massen mittels des Parteiensystems durchgeführt. Auch hinsichtlich seiner institutionellen Ausgestaltung zeichnet sich der Staatsreformismus durch neue strukturelle Züge aus: durch Führungstechnokratie, durch die Entwicklung großer Reformbürokratien und durch die Stabilisierung der drei- oder zweiseitigen Verhandlungen zwischen Kapitaleignern, Staat und Gewerkschaften, die vom Staat ausgeht.

Indem die zunehmende institutionelle Einbindung der Massen und der Lohnabhängigen, die um sich greifende Identifizierung des Politischen mit dem Staatlichen und die beständig erneuerte Entwicklung von Formen eines »historischen Kompromisses« zwischen den Klassen es möglich machte, bestimmte Forderungen der Volksmassen nach einer Verbesserung ihres Lebensstandards, nach sozialen Garantien aufzugreifen oder sogar zu befriedigen, hat sie zugleich zu einer Form von *ausgehandelter korporatistischer Demokratie geführt – d. h. einem liberalen oder sozialen Korporatismus –, die schließlich der sozialen Sphäre jegliche Autonomie raubte und die Demokratie auf eine »Demokratie durch den Staat«, auf eine das kapitalistische System festigende Demokratie reduziert hat.*

– *Staatsreformismus und Sozial- und Wirtschaftspolitik*

Die ideologisch-praktische Affinität zwischen den Sozialdemokratien und dem Keynesianismus beschränkt sich nicht auf das Gebiet des Staates. Oder vielmehr hat der Aufstieg des Staates zum »Staat als ökonomisches Subjekt« es nicht nur ermöglicht, die kapitalistischen Konjunkturkrisen zu meistern, sondern auch die Nachfrage und den Konsum gegenüber dem Angebot und der Produktion zu privilegieren. Mit anderen Worten konnte aufgrund der Doppelrolle des Lohns in der keynesianischen Theorie (als Kostenfaktor und als Faktor einer Wiederbelebung der Industrie und des Profits) eine das klassische Dilemma überwindende *Wirtschaftspolitik* entwickelt werden, durch die sowohl die Lebensbedingungen der Lohnabhängigen verbessert als auch zugleich durch »Rationalisierungen« die kapitalistische Wirtschaft und der Profit gefördert wurde. Wiedrum anders ausgedrückt: Da die Umverteilung der Einkommen nicht mehr mit den Erfordernissen des Systems in Widerspruch steht, ist es von nun an möglich, die Gesamtinteressen mit den Interessen der Arbeiterklasse und den Interessen aller Lohnabhängigen zu »versöhnen«, das heißt in Übereinstimmung bringen.

Die unterschiedlichen Gleichgewichtszustände des keynesianischen Modells hatten allerdings das Vorliegen einer begrenzten Anzahl von Umständen zur Voraussetzung – eine wachsende kapitalistische Wirtschaft, eine wirksame Institutionalisierung und Kanalisierung der Politik im Rahmen des Staates (und der ausgehandelten Kompromisse) sowie in-

ternationale Bedingungen, die die Entwicklung des Kapitalismus in den Mutterländern und insbesondere die Rolle des Nationalstaates als Bezugsrahmen keynesianischer Politiken begünstigten. Durch die Entwicklung seit Beginn der 70er Jahre wurden jedoch alle diese Voraussetzungen in Frage gestellt. Die veränderten Verhältnisse führten zu einer Krise des »keynesianischen Modells« und sogar zu einem Auseinanderfallen in seine verschiedenen Bestandteile.

Die Ursachen einer derartigen Krise, in der eine weltweite Wirtschaftskrise und eine politische Krise des Staates und der Arbeiterklasse zusammentreffen, sind bereits analysiert worden.

Aber genauso wichtig wie die Ursachen der Krise sind ihre Formen, in denen sie vor allem in der Übergangsperiode von einem keynesianischen zu einem post-keynesianischen Staat verläuft. Ganz im Gegensatz zu der von etlichen Anhängern des keynesianischen Politikmodells vertretenen Theorie, daß der Wohlfahrtsstaat sich dem Sozialismus annäherte, stellte die Krise des keynesianischen Staates die sozialdemokratische, lineare Vorstellung von der Demokratie in Frage. Denn den keynesianischen Techniken gelingt es jetzt weder die Probleme der Massenarbeitslosigkeit zu lösen noch die Inflation einzudämmen. Im Gegenteil, ihre lineare Vorstellung über den Ablauf des sozio-ökonomischen Zyklus – in Gestalt von Profit/Wirtschaftswachstum/Beschäftigung/Verteilungspolitik – stößt sich jetzt zunehmend an den politischen Verhältnissen, innerhalb derer sowohl die »Reaktion der Unternehmer« als auch »die der Lohnabhängigen«²⁰ erfolgte. Die instrumentalistische und »technizistische« Auffassung der Wirtschaftspolitik traf auf einen *Prozeß der Entlegitimierung und der Entformalisierung des Staates*, der außerhalb des »institutionalistischen« politischen Gesichtsfeldes des Keynesianismus lag. Daher geriet er in eine dreifache, spezifisch politische Krise:

(a) *Krise der strukturellen Kompromisse* an der Basis der keynesianischen Staaten, in dem Maße, wie die dreiseitigen Verhandlungen ihrerseits Bedingungen des Wachstums und der Umverteilung voraussetzten, die nicht mehr existierten.

(b) *Krise des institutionellen, den keynesianischen Staat stützenden Dreiecks* und damit des traditionellen Ortes der Politik seit Beginn der westlichen Arbeiterbewegung: des Verhältnisses von Produktion (Unternehmer *und* Gewerkschaften), Partei und Staat.

(c) *Krise der politischen Repräsentativität* der sozialdemokratischen Parteien in ihrem Verhältnis zu einer gesellschaftlich pluralistischen Wählerbasis, deren Arbeiteranteil ständig abnimmt und die immer weniger auf ein »Programm« zu vereinheitlichen ist, das vielmehr ohne verwirklicht zu werden, zum »Orientierungsrahmen« für Wahl- und Regierungsab-sprachen degeneriert.

3. *Probleme und Risiken eines post-keynesianischen Sozialismus: Politik und Staat als Gegenstände einer demokratischen Transformation*

Die großen keynesianischen Sozialdemokratien hatten ihre Massenbasis, ihre politische Legitimation, auf ihrer Fähigkeit aufgebaut, beständig »Konflikte in Kompromisse zu verwandeln« – durch deren Eingliederung in den institutionellen und staatlichen Rahmen. Die Krise des keynesianischen Staates hat jedoch in den letzten 10 Jahren neue soziale Bewegungen hervorgebracht, die zum Angriff auf transversale, nicht allein auf ökonomische Ausbeutungsverhältnisse zurückführbare *Unterdrückungsformen* übergingen (sexuelle

Unterdrückung, staatliche Repression, produktivistische und atomare Produktivkraftentwicklung). Diese aufgrund einer *Politisierung des Sozialen* entstandenen Bewegungen organisierten sich nicht im Produktionsbereich, sondern auf einer erheblich umfassenderen Ebene, die die Gesellschaft, den Lebensstil und das herrschende Zivilisationsmodell umfaßt. In ihrer Ablehnung der traditionellen politischen Formen – wie Delegation von Vertretungsmacht, hierarchische Verfahren, phalokratischen und patriarchalischen Praktiken – stellen sie eine neue demokratische Entwicklung dar, die außerhalb und oft gegen die sozialdemokratischen Schemata und Praktiken verläuft. Das bedeutet, daß – entgegen allen linearen und evolutionistischen Prognosen – die Entwicklung der Lohnarbeit, der Verstärkung und eines kulturell bedingt homogenen Konsums sowie die Entstehung neuer Mittelschichten sich nicht unmittelbar im System der Parteien niedergeschlagen haben, wie es nach dem klassischen Politisierungsmodell (Verhältnis von Klasse – Staat, ökonomische Produktion – Überbau) zu erwarten gewesen wäre. Vielmehr wurden wir Zeugen einer *spezifischen Produktivität* des politischen Raumes, einer Ausbreitung von Basisbewegungen, deren politisches Interesse auf konkrete Ziele gerichtet ist: Kampf für das Recht auf freie Abtreibung, gegen Vergewaltigungen, Kampf gegen das Atomprogramm. Um ein wesentliches Beispiel herauszugreifen: Die Frauenbewegung hat durch ihre Kritik an den patriarchalischen Herrschaftsformen den politischen und demokratischen Kampf nicht nur auf neue Gebiete getragen, sondern sie stellte auch (ausgehend von einer spezifischen und alltäglichen Unterdrückung – der der Frauen –) zugleich die gesamte herrschende Strukturierung des politischen Bereichs und der politischen Praktiken in Frage. Diese Strukturierung beruhte seit dem Aufkommen des Kapitalismus auf einer zweifachen Trennung: der zwischen dem *Privaten* (als nicht politisch und der Familie zugehörig betrachtet) und dem *Öffentlichen* (mit dem Staat identifizierten) Bereich einerseits und der zwischen *Produktion* (Ausbeutungs- und Tauschwertosphäre) und *Reproduktion* (Hausarbeit, die als »natürlich« angesehenen Rolle der Frau als Mutter und ihr doppelter Arbeitstag) andererseits. Die Erweiterung des Staates hat somit eine Erweiterung der Politik hervorgebracht, die sich an den strukturellen Grenzen der politischen Ausdrucksformen stieß – nach dem Staatsmodell aufgebaute Parteien, Hierarchien, Vermittlungsinstanzen, Kultur des Konsenses auf vorrangig parlamentarischer Ebene. Sie hat damit zu einem Aufschwung eines *Verselbständigungsprozesses der bürgerlichen Gesellschaft* beigetragen, wie sie bereits die neueren Gewerkschaftskämpfe kennzeichnet (Kampf für die 35-Stunden-Woche in der deutschen Metallindustrie, die großen englischen Streiks im Winter 1978).

Angesichts dieser Krise der etatistischen Formen der Politik der 70er Jahre und angesichts des Aufschwungs des Moments der Selbstverwaltung innerhalb des sozialen Bereichs reagierte die englische und die deutsche Sozialdemokratie gemäß ihrer traditionellen Logik (paradoxiere Weise) mit einer Verstärkung des Staates – ob es sich dabei um den rationalisierten »Ordnungs- und Verwaltungsstaat« wie den deutschen handelt oder um die Institutionalisierung von Sozialverträgen im Staat und durch den Staat, d. h. um den Dreieckskorporatismus, wie in England. Im einen wie im anderen Fall hat sich die Politik der Einschränkung des demokratischen Pluralismus auf eine größere Verselbständigung der staatlichen Stabilisierungspolitik gestützt. Im einen wie im anderen Fall wurde die »klassische« sozialdemokratische Hegemonie dadurch entweder sehr geschwächt (englische Niederlage) oder jedenfalls brüchig (die SPD wird sowohl von außen als auch von innen angegriffen – seitens der Umweltschutzbewegung, der »alternativen Listen« und der Friedensbewegung gegen die Stationierung amerikanischer Raketen in Europa).

Der Übergang vom keynesianischen Staat zum post-keynesianischen Staat erfordert somit eine vollkommen andere Richtung der Krisenlösung: eine Erweiterung der Demokratie *außerhalb des Staates*, die Entwicklung einer sich – selbst – verwaltenden Dimension unter Berücksichtigung eines Pluralismus alternativer politischer Projekte sowie die Entwicklung eines *neuen pluralistisch demokratischen Blocks*, der sowohl den klassischen Träger der sozialistischen Umwälzung (die Arbeiterklasse) umfaßt als auch die in der Krise der historischen kapitalistischen Strukturierungsformen entstandenen Träger einer neuen Demokratie: die Jugendlichen, die Frauen, die rassischen und regionalen Minderheiten, die sozialen Bewegungen.

Aber die Formierung eines derartigen hegemonialen, pluralistischen »linken« Blocks ist nicht allein auf der Basis des linearen ökonomischen Modells keynesianischer Politik zu verwirklichen – und auch nicht auf der Basis eines einfachen Staatsreformismus, der durch die Krise, die Entlegitimierung und Entformalisierung des Staates aus dem Gleis geraten ist. Mehr noch, die verschiedenen sozialen Ansprüche an Lebensstandard und Lebensqualität erweisen sich als immer schwieriger miteinander im Rahmen eines von oben beschlossenen ganzheitlichen »Programms« vereinbar. Wenn derartige Grenzziehungen auch eine gefährliche Dialektik zwischen den neuen, aus der bürgerlichen Gesellschaft entstehenden autoritären Haltungen und der Demokratie auslösen, so eröffnen sie doch zugleich neue Perspektiven für den Sozialismus, der fähig ist, sich *an den neuen Dimensionen der Demokratie* auf einer neuen Basis *zu messen*, die die traditionellen »Modelle« der Arbeiterbewegung ausschließt. In diesem Sinne (und mehr als je zuvor) wird der Sozialismus demokratisch – oder er wird überhaupt nicht sein.

4. Demokratie und post-keynesianischer Sozialismus

Im Gegensatz zum traditionellen Schema, das in der Entwicklung des Wohlfahrtsstaates einen sich dem Sozialismus annähernden Prozeß sah, haben die sozialdemokratischen Linken und andere sozialistische Kräfte die Unwirksamkeit einer bloßen indirekten Kontrolle des Staates über die Wirtschaft hervorgehoben und damit die strukturellen Grenzen der keynesianischen Sozialdemokratien am Verhältnis zwischen Wirtschaft und Politik festgemacht, das dem keynesianischen Politikmodell unterliegt. Das macht es erforderlich, in die Perspektive für die Zeit nach der Krise (insbesondere aber bereits auch für die vorrangige Lösung des Arbeitslosenproblems) unbedingt eine direkte Kontrolle des Staates über den privat-monopolistischen Sektor (durch Verstaatlichungen) vorzusehen, die Schaffung eines öffentlichen Sektors in das sozialistische Projekt miteinzubeziehen, der ein Gegengewicht zur Macht des privaten Sektors bildet, und eine demokratische Planung der Entscheidungen und der wichtigsten ökonomischen Richtwerte ins Auge zu fassen.

Eine solche Position mündet entweder in einen »verstärkten linken Keynesianismus« oder in einen Post-Keynesianismus, wie er durch die Inangriffnahme der entscheidenden Probleme staatlicher Verwaltung entwickelt werden kann und der nicht mehr nur auf einen einfachen »Staatsreformismus« und eine Modifizierung des industriellen Modells und der Nord-Süd-Beziehungen hinausläufe. Jedenfalls sind beide Perspektiven weit entfernt vom Typ einer Krisenregulierung, wie sie der deutschen sozialliberalen Koalition zugrundeliegt, die sehr weitgehend von der neo-liberalen Kritik am Keynesianismus beeinflusst ist. Denn wenn man (entsprechend dieser liberalen Kritik) die staatliche »Finanzkrise« als eine

bloße »Krise des Sozialstaats« interpretiert, wird deutlich, daß jede Antikrisenpolitik lediglich auf eine »veränderte Ausrichtung der staatlichen Aktivitäten« mit folgenden Zielsetzungen hinausläuft:

- Übernahme der »Risiken für Innovationen und private Investitionen« durch den Staat zur Entlastung der Unternehmen. Das heißt im Klartext: Umorientierung der öffentlichen Ausgaben in Richtung auf den Privatsektor und auf Branchen mit überdurchschnittlicher technisch oder ökonomisch bedingter Wettbewerbsfähigkeit.
- Reduzierung der Staatsausgaben für soziale Dienstleistungen und für öffentliche Investitionen mit Umverteilungscharakter.
- Anstrengungen zur Beteiligung der Gewerkschaften an einer Spar-Politik, welche einerseits auf einer »Disziplin der Arbeiterklasse« beruht und andererseits auf einer Unterstützung durch den modernisierungsbereiten korporatistischen Block der privilegiertesten Schichten auf Kosten der verletzbarsten Schichten der Gesellschaft.

Eine solche Struktur der »Ökonomisierung« des Staates kompensiert den in der Krise zutage getretenen Mangel an sozialdemokratischer Hegemonie durch die Durchsetzung eines »rationalisierten« Staates, dessen *Funktion immer mehr verwaltend und immer weniger politisch wird*¹. Mangels einer expansiven und demokratischen Antwort auf die aus der Krise entstandenen neuen, pluralistischen Widersprüche werden die von der Krise hervorgerufenen Schäden nur noch mittels des Staates beschränkt, wie es der neo-liberalen Praxis und Herangehensweise an die Krise als einer Krise entspricht, die auf einer »Überbeanspruchung« des Staates beruht. Daher die für dieses dualistische Modell charakteristischen Zauberformeln: den Staat von sozio-ökonomischen Aufgaben entlasten, Privatisierung, Rationalisierung der Verwaltung usw.!

Wenn jedoch die Krise nicht nur eine politische, den Staat betreffende Krise ist, noch auch eine auf einem *Überfluß an Demokratie* beruhende Krise, sondern eben eine kapitalistische Struktur-Krise, die gleichermaßen an die Bedingungen der Lohnarbeit und der Produktionsverhältnisse rührt, und die allenfalls an einem durch staatliche Starrheit und beispiellose Konzentration der Weltwirtschaftsmacht bedingten *Mangel an Demokratie* festzumachen ist, so muß die *sozialistische Alternative* auf einer ganz anderen Grundlage aufgebaut werden, auf dem Linkskeynesianismus und auf dem Post-Keynesianismus. In diesem Zusammenhang betont Offe zu Recht den Einfluß der konservativen und neo-liberalen Theorien gerade hinsichtlich der kapitalistischen »Trennung von Ökonomie und Politik«. »Die neo-konservativen Krisentheorien betrachten als Ursache der Krise – und als diskussionswürdig – allein die institutionelle Basis der Demokratie und des Wohlfahrtsstaates und nicht das der Lohnarbeit eigene kapitalistische Verhältnis«². Dieser Einfluß ist nicht nur auf die neo-konservative Politik einer Thatcher oder eines Reagan beschränkt. Er ist auch in die Ideologie und Praxis gewisser sozialdemokratischer Strömungen eingedrungen. Jede Neutralisierung der Arbeitssphäre – der Art und Weise ihrer Organisation und der Methoden der Profiterzielung – klammert dagegen die »strukturellen Voraussetzungen« der oft beschworenen »Unregierbarkeit« aus³.

Aber wo liegen im Verhältnis zu den aktuellen Entwicklungen die Risiken einer Machtübernahme der Linken zum gegenwärtigen Zeitpunkt: Keynesianismus in Krisenzeiten, liberale Ent-Keynesianisierung oder Linkskeynesianismus? Wo ist hier der »Fall Frankreich« und das Experiment – sowie die Risiken – der Machtübernahme der französischen Linken einzuordnen?

5. Widersprüchlichkeiten und Risiken des französischen »dritten« Weges

In vieler Hinsicht bedeutet der beispiellose Sieg der französischen Linken – und vor allem der sozialistischen Partei – eine klare Absage an die Rechtsentwicklung der letzten Jahre. Zum ersten Mal wird die politische Rechte – ihre aufgrund widersprüchlicher Interessen zersplitterte Regierungsfraktion – auf eben dem Gebiet geschlagen, das sie für ihre weltweite Gegenoffensive gewählt hatte: auf dem der konservativen, neoliberalen »Restauration«. Handelt es sich hierbei um eine Ausnahme, um einen untypischen, nur auf französische Verhältnisse anwendbaren Fall? Oder um eine allgemeinere Tendenz, die zu Überlegungen über die widersprüchlichen politischen Auswirkungen der Krise und die Pluralität möglicher Lösungswege herausfordert? Denn wenn die an der Macht befindlichen keynesianischen Sozialdemokratien, mit Ausnahme der Österreichs, einen Verlust an hegemonialer Kraft erfahren haben, so kann man dagegen in den südeuropäischen Ländern, die sich durch einen früher gar nicht existierenden bzw. autoritären und alte Einkommensstrukturen sowie soziale Ungleichheiten eher bewahrenden »Wohlfahrtsstaat« auszeichnen, zum Zeugen eines Vormarsches der sozialistischen Partei werden, sei es der französischen PS, der spanischen PSOE oder der griechischen PASOK. Der Versuch, eine Antwort auf eine derartige Fragestellung zu geben, beinhaltet jedenfalls die Notwendigkeit, gewisse Risiken und Widersprüchlichkeiten des französischen sozialistischen Experiments aufzuzeigen: Risiken, die durch die Kräfteverhältnisse, aber auch durch den eingeschlagenen Kurs bedingt sind – sowie auch durch ein Verhältnis, das entscheidend werden kann und das sicherlich auf dem Gebiet der wirtschaftspolitischen Maßnahmen im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit eine zentrale Rolle spielen wird: nämlich das Verhältnis eines »Linkskeynesianismus«, der Strukturreformen (Nationalisierungen, Regionalisierung ...) durchsetzt, zu einem post-keynesianischen Sozialismus, der fähig ist, dem bürgerlichen »Post-Keynesianismus« langfristig entgegenzutreten. Das ist ein schmaler Pfad.

Erster Widerspruch: Aufgrund der spezifischen Herausbildung der Klassen und der Arbeiterbewegung gibt es in Frankreich keine Sozialdemokratie im klassischen Sinne – und es wird sie wahrscheinlich auch nie geben. Und zwar eine Sozialdemokratie im klassischen Sinne, als Ausdruck einer historischen Strukturierung der Arbeiterbewegung – in der spezifischen politischen Form einer Mehrheitspartei, welche über eine Massengewerkschaft als Transmissionsriemen in der Arbeiterschaft verwurzelt ist²⁴.

Aufgrund des starken Einflusses des Staates als Organisator der bürgerlichen Gesellschaft, aufgrund der bedeutenden Rolle der neuen lohnabhängigen Schichten und des kleinen und mittleren Unternehmertums (als Folge der verspäteten kapitalistischen Konzentration) arbeiten die politischen Kräfte – mit Ausnahme der kommunistischen Partei – in nur sehr geringem Maße in den Betrieben, also dort, wo sich Lohnarbeit und Kapital *direkt* gegenüberstehen. Analysiert man die politischen Ausdrucksformen, so kann man feststellen, daß drei der großen historischen Mehrheitsparteien – die radikale Partei der 30er Jahre, die aus der V. Republik hervorgegangene gaullistische Partei und teilweise die sozialistische Partei seit Epinay – sich auf der Basis eines »erweiterten« Staates, einer spezifischen Produktivität des institutionellen Raumes und seiner hegemonialen Macht, strukturiert haben. Bereits Marx hatte in seinen klassischen Analysen des Bonapartismus auf diese zentralisierte und personalisierte Struktur des französischen Staatsapparates eindringlich hingewiesen, auf seinen Unabhängigkeitsanspruch gegenüber den gesellschaftlichen Kräften und die daraus resultierende Professionalisierung der Politik. Der Höhepunkt wurde in dieser Hinsicht mit

dem mächtigen gaullistischen Präsidentschaftsstaat und seinen weitreichenden Auswirkungen erreicht: Eine Bipolarisierung des politischen Lebens und eine für rechte wie linke politische Kräfte gleichermaßen geltende Notwendigkeit von Wahlbündnissen. Die schrittweise Anpassung der Linken an diesen institutionellen Rahmen einerseits und die soziale Dynamik, die zugunsten einer Veränderung entstanden war, sowie der Erfolg der Einheitslinie der sozialistischen Partei und F. Mitterands (die auch in der Phase der Spaltung verfolgt wurde) andererseits erklären ihre Machtübernahme²⁵.

Diese Nicht-Existenz einer »traditionellen Sozialdemokratie« und umgekehrt die Existenz zweier großer Linksparteien – der sozialistischen und der kommunistischen – hat, auch wenn sich inzwischen das politische Kräfteverhältnis zwischen den beiden umgekehrt hat²⁶, immer eine Art »Wahlfront« um die »Partei des Präsidenten« erforderlich gemacht. Aber dieses Wahlbündnis darf nicht die *Heterogenität* des siegreichen *sozialen Blocks* verdecken; es läßt sich weder auf ein »leninistisches« Klassenbündnis zur Durchsetzung gemeinsamer Interessen reduzieren noch – und zwar in noch geringerem Maße – auf einen »antimonopolistischen Block«, wie er von der KPF in ihrer vorhergehenden Analyse und Strategie angestrebt worden war.

Denn dieses derzeitige Nichtvorhandensein einer »klassischen Sozialdemokratie« erhellt gerade durch ihr negatives Beispiel den tatsächlich vorhandenen Spielraum der politischen und gewerkschaftlichen Kräfte.

Zweiter Widerspruch: Im Unterschied zu den angelsächsischen und nordischen Ländern ist nur eine Minderheit der Arbeiterklasse und der lohnabhängigen Bevölkerung gewerkschaftlich organisiert (25%). Die CFDT sowie die CGT verstehen sich beide als Kampfgewerkschaften mit sehr geringer »verwaltender« Funktion und sie berufen sich (vor allem die CFDT) auf eine lange Tradition gewerkschaftlicher Unabhängigkeit. Die Dichotomie von Partei und Gewerkschaft, die einer sozialistischen Partei eine Vermittlerinstanz in Form einer organisierten Gewerkschaftsbasis versagt hat (wie sie teilweise in Gestalt der engen Beziehungen zwischen CGT und kommunistischer Partei besteht), verweist in der Tat auf die gesamte Geschichte der französischen Arbeiterbewegung seit Anfang des Jahrhunderts zurück. Zum Zeitpunkt der Konstituierung und Vereinigung der sozialistischen Partei erforderte die Gewerkschaftsbewegung, die eine zerstreute und wirtschaftlich wenig konzentrierte Arbeiterklasse vertrat, eine Praxis des »revolutionären Gewerkschaftertums« (Sorel), die jede parlamentarische Politik ablehnte und die allein den »Generalstreik« sowie die Gewerkschaft der »Produzenten« zur wahren alternativen Kraft erklärt. Diese damit von Anfang an vorhandene Spaltung zwischen Gewerkschaftsbewegung und politischer Organisation, wobei letztere nach dem Vorbild des parlamentarischen Staates (der Republik) als »Krönung der französischen Revolution« aufgebaut ist, kennzeichnet die gesamte Geschichte der sozialistischen Partei. Im Unterschied zur kommunistischen Partei, die in den Kämpfen der Volksfront und der Widerstandsbewegung eine Verwurzelung der Arbeiter-schaft findet, gelingt es der sozialistischen Partei trotz vielfältiger alter und neuerer Versuche niemals, mit Hilfe einer ausgedehnten Gewerkschaftsbasis in den Betrieben Fuß zu fassen. Während der Einfluß der sozialistischen Partei in den Gewerkschaften vereinzelt und gering bleibt, ist sie dagegen in den städtischen Verwaltungen fest verankert und stößt sie auf nationaler Ebene auf einen beispiellosen Widerhall auf seiten der Wähler.

Gehen wir noch weiter: Im Unterschied zu einem Land wie England, wo die industrielle Revolution der politischen Organisation der Arbeiterbewegung vorausging (die Labour Party konstituierte sich als Partei der Arbeit Ende des 19. Jahrhunderts, als politischer Aus-

druck der Gewerkschaften), spielte in Frankreich dagegen die politische Strukturierung der aus der französischen Revolution hervorgegangenen Kräfte, für die ein in sämtlichen Strömungen der Arbeiterschaft vorhandener Jakobinismus (von Jaurès bis zu den Kommunisten) kennzeichnend ist, der sich am Staat orientiert, die vorrangige Rolle. Dieser Primat der Politik bezieht sich auf die Funktion einer Vereinheitlichung einer heterogenen, relativ gespaltenen und von starken sozialen Ungleichheiten gekennzeichneten Gesellschaft²⁸, zugleich aber auch auf die Rolle des Staates als Motor einer industriellen Entwicklung und einer auf staatlicher Planung beruhenden kapitalistischen Konzentration (vgl. den Gaullismus). So betrachtet weist der »französische Keynesianismus« mindestens zwei verschiedene, sich manchmal überschneidende, geschichtliche Ursprungs- und Entwicklungsformen auf. Die eine geht von einer die staatliche Planung befürwortende Fraktion der SFIO zur Zeit der Volksfront aus, die ihren Ausdruck im »Mendesismus«²⁹ findet und im Aufbau einer modernen sozialistischen Linken in den Jahren 1958 – 1965, von der staatliche Planung und wirtschaftliche Präzision als bevorzugte Tätigkeitsfelder des konkreten Sozialismus propagiert werden. Die andere »bürgerliche« Form durchzieht den Gaullismus der Nachkriegsperiode und legte die Grundlagen dessen, was man in Frankreich »Staat« nennt: verstaatlichte Betriebe, öffentlicher Dienst, ein ausgedehnter Funktionärskörper, die Basis der französischen Technokratie.

Dritter Widerspruch: Zu diesen beiden Fraktionen kommt nun noch ein dritter: das französische Kapital verhält sich von Natur aus relativ ablehnend gegenüber einer Politik der »Konzertierung«, die ihm gegenüber stets nur durch ein aufgrund einer größeren Krise verändertes Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit *durchgesetzt* werden konnte. Die wesentlichsten sozialen Errungenschaften der Arbeiter fallen zeitlich mit drei großen Ereignissen zusammen, in denen die Arbeiterklasse und andere Volksschichten auf die geschichtliche Bühnen traten und in das politische Leben eingriffen: die Perioden der Volksfront, der französischen Widerstandsbewegung und des Mai 1968. Darauf beruhen dann auch die bekanntesten Schwierigkeiten, die bei der Durchführung dieser sogenannten »historischen Kompromisse« auftraten, in denen eine wirtschaftliche Öffnung (hohe Löhne, soziale Rechte, Anerkennung der »Lohnarbeiter«) um den Preis einer garantierten politischen Stabilität erreicht werden sollte. Trotz einer richtiggehenden Machtergreifung der Finanzbourgeoisie und einer multinationalen Konzentration des französischen Kapitalismus werden immer noch die Machtstrukturen der ökonomisch herrschenden Klasse zumindest indirekt weiterhin von den »großen Familien« kontrolliert; dies gilt z. B. für die Hälfte der 200 größten Unternehmen³⁰.

Die französische Unternehmerschaft, der es niemals gelungen ist, die Arbeiterklasse zu »integrieren«, steht weiterhin den Verstaatlichungen und überhaupt jedweder Modifizierung der Machtverhältnisse in den Unternehmen vollkommen feindlich gegenüber. Außer in Krisensituationen wie 1936, 1945 und 1968, durch die die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse verschoben wurden, wird die Konzertierung von oben durchgeführt und die dabei als historische Kraft *anerkannte* Arbeiterklasse nur sehr geringfügig einbezogen.

Unter diesen allgemeinen und strukturellen Bedingungen wird verständlich, daß der soziale Block, der den Sieg der Linken ermöglichte, weit davon entfernt ist, in seinen Interessen und politischen Zielsetzungen homogen zu sein. Zu diesem Block gehören einmal die neuen lohnabhängigen Schichten und die Beamten (die ebenso *für* die Veränderung stimmten wie *gegen* den von der neoliberalen Politik Giscard geplanten und zum Teil durchgeführten Abbau des öffentlichen Dienstes und der Freiheitsrechte). Zum anderen eine in sich

gespaltene Arbeiterklasse, von der ein Teil wirtschaftlich relativ abgesichert ist, während ein zweiter Teil sich in unsicheren Beschäftigungsverhältnissen befindet und ein dritter Teil schließlich von den Arbeitslosen gebildet wird (1,8 Mio.), darunter vor allem Frauen und Jugendliche. Und innerhalb dieses sozialen Blocks finden sich auch die neuen sozialen (etwa feministischen und ökologischen) Bewegungen, die entschiedene Freiheitsforderungen vertreten, die das gesamte Modell der destruktiven und unterdrückerischen kapitalistischen Gesellschaft in Frage stellen. Die Unterschiede zwischen allen diesen Schichten und Gruppierungen sind gewiß nicht gering. Bei diesem Sieg der Linken, der weder einer starken sozialen Bewegung entsprang (1981 war ein Jahr der niedrigsten Rate gewerkschaftlicher Konflikte) noch einer unmittelbaren politischen Dynamik, übernahm das sozialistische Programm die Funktion eines Katalysators, eines gemeinsamen Nenners einer »rosa Revolution«, die sich aufgrund seiner *historischen Glaubwürdigkeit* in diesem Programm wiedererkannte. Zudem könnte ein gewisser Differenzierungsprozeß der Interessen und der Erwartungen (nach der »Schonfrist« der ersten Monate) mangels einer hegemonialen Bündnisstrategie langfristig zu Konflikten (oder, auf dem Gebiet einer korporatistischen und etatistischen Verteidigung einzelner Interessen) zum Zerbröckeln des »Linksblocks« führen. Im Mittelpunkt des sich abzeichnenden Feldes einer historischen Einigung – wie sie vorgeschlagen und durch die Krisensituation teilweise unabdingbar geworden ist, steht der Vorrang des Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit und in Verbindung mit einer *linkskeynesianischen* Reform- bzw. Umgestaltungspolitik, die wie bisher noch keine keynesianische oder sozialdemokratische Politik, zugleich alle Aspekte des sozialen Lebens berührende *Strukturreformen* durchführt: Auf der Ebene des Staates (politische Dezentralisierung und zukünftige Regionalisierung der Macht, wirtschafts- und kulturpolitische Alternativangebote), auf dem Gebiet der Freiheitsrechte (politische Amnestie, Abschaffung der Todesstrafe und des Staatssicherheitsgerichtshofes, Aufhebung der diskriminierenden Behandlung ausländischer Arbeiter und von Giscard's autoritärem Projekt »Sicherheit und Freiheit«, Anerkennung des Rechts auf Abtreibung und deren Kostenübernahme durch die Krankenkassen, Kampf gegen den Sexismus ...) und auf dem der ökonomischen Strukturen (Verstaatlichung der Banken und der größten französischen Unternehmensgruppen, Maßnahmen zur Ankurbelung der Wirtschaft und gegen Arbeitslosigkeit).

Es ist gar keine Frage, daß im Unterschied zu anderen europäischen Ländern in Frankreich Raum für eine solche Politik besteht: aufgrund der offenkundigen Ungleichheit der Einkommen und der Löhne, die eine reale Umverteilungspolitik erforderlich macht; aufgrund der mächtigen staatlichen Strukturen; aufgrund der nationalen Bedeutung der Arbeitslosigkeit, die zwar vorrangig die Jugendlichen betrifft, aber die Ingenieure und die mittleren und höheren Angestellten durchaus nicht verschont. Aber dieser Spielraum ist wahrscheinlich historisch begrenzt – aufgrund internationaler Zwänge (Export der amerikanischen Zinsraten, amerikanische Aufrüstung in Europa) sowie nationaler Beschränkungen. Die Rechte organisiert sich bereits wieder politisch und wirtschaftlich (gegen die Verstaatlichungen) und auf der Linken fordern einige eine klarere, deutlicher interventionistische Politik (Preisstopp oder direkte Beschäftigungspolitik durch Verbot von Entlassungen). In diesem Sinne stellt uns der französische Weg zum einen aufgrund seiner Originalität (Beteiligung aller linken Kräfte an der Macht, die Machtzentren antastende Strukturreformen) und zum anderen, weil er vielleicht die erste Materialisierung dieses berühmten »dritten Weges« ist (sozusagen die Feuerprobe des linken Eurokommunismus), vor ein sehr *konkretes* Dilemma, das die gesamte europäische Linke betrifft: Wie soll man sich den

Übergang von einem reale Strukturreformen verwirklichenden Linkskeynesianismus zu einem postkeynesianischen und selbstverwaltungsorientierten Sozialismus vorstellen? Wird sich die große sozialistische Herausforderung und Alternative nicht gerade im Bereich des Post-Keynesianismus herausbilden und bewähren müssen – auf dem Feld der Auswirkungen der zukünftigen Arbeitsteilung (z. B. der »telematischen Revolution«)? Also im Modell einer neuen Gesellschaft, im Raum, den man den Bestrebungen und Wünschen der Jugend, der Frauen, der pazifistischen Bewegungen gewährt? In der realen Dialektik zwischen einer Erweiterung der repräsentativen Demokratie und neuen Formen von Basisdemokratie? Im Übergang von einem bloßen Wahlblock zu etwas, was man einen historischen und pluralistischen Block nennen könnte?

Unter diesem Gesichtspunkt liefert die in Frankreich beginnende soziale Umgestaltung ein besonders wichtiges, konkretes Tätigkeitsfeld, auf dem sich Erfolg und Lebensfähigkeit eines linken, alternativen Ausweges aus der Krise des Kapitalismus und die wirklichen Risiken dieses demokratischen und selbstverwaltungsorientierten Sozialismus bewähren können, eines Sozialismus, der die historischen Klippen, an denen die westliche Arbeiterbewegung in der Staatsfrage gescheitert ist, vermeiden kann: nämlich sowohl den autoritär-bürokratischen Staat des Ostens als auch den »Staatsreformismus« des Westens, die sich beide in der Krise befinden. Sollte heute ein neuer Wind von Ost nach West, von Gdansk nach Paris wehen?

Christine Buci-Glucksman, September 1981

Anmerkungen:

- 1 Ralf Dahrendorf: *L'après-social-démocratie*, in: Le Dèbat nr. 7, Dezember 1980
- 2 Zum Begriff der Krise der »Regierbarkeit« vgl. den ersten Bericht der Trilateralen Kommission: *The crisis of democracy*, Report on the Governability of democracies to the Trilateral Commission 1975
- 3 Bezüglich dieser neo-liberalen und neo-konservativen Krisentheorien vgl. Claus Offe: »Unregierbarkeit«, zur Renaissance konservativer Krisentheorien, in: J. Habermas: *Stichworte zur geistigen Situation der Zeit*, Frankfurt, Suhrkamp-Verlag, 1979, Band 1, Seite 294 ff.
- 4 Für eine detaillierte Analyse der gegenwärtigen Krise und für eine Ausführung der Gesamtheit der hier angesprochenen Problematik verweisen wir auf unser Buch: Christine Buci-Glucksman und Göran Therborn: *Le défi social-démocrate*, Paris 1981, Maspéro-Verlag; in deutsch: *Der sozialdemokratische Staat. Die »Keynesianisierung« der Gesellschaft*. Erscheint bei VSA im Juni/Juli 1982.
- 5 G. Olivecrona: *Paterna*, Uppsala 1978, Seite 17
- 6 In 21 Privatkonzernen waren 1977 23% aller Beschäftigten konzentriert. Die multinationalen Konzerne haben einen Anteil von 24% der Beschäftigten im Ausland (gegenüber 16% im Jahre 1965).
- 7 Tony Benn: *Arguments for socialism*, London, Chris Mullin 1979, Seite 50 - 51
- 8 *Capital, Labour in the State, What went wrong*, London, Spokesman 1979
- 9 *Policing the Crisis*, London/New York, MacMillan 1978, S. 262
- 10 Vgl. dazu das Interview von Luciana Castellina mit Nyrup Rasmussen: *Pace e guerra* – französische Übersetzung in: *Politique aujourd'hui*, nr. 7 - 8
- 11 Begriffe von Offe, a. a. O.
- 12 *Der nötändige Uppbrottet* (Stockholm 1980)

- 13 Bernstein: Vorwort zu »*Die Voraussetzungen des Sozialismus*«, Paris, Seuil 1974
- 14 Vgl. sein Konzept, wie er es in »Staatstheorie« entwickelt hat.
- 15 Zu dieser Analyse des keynesianischen Modells vgl. »*Le défi social-démocrate*«, a. a. O. Zu seinen Beziehungen zum Wohlfahrtsstaat vgl. Ian Gough: *The political economy of the Welfare State*, New York, Maximilian Press
- 16 Siehe dazu den Artikel von Georg Vobruba: *Keynesianismus als politisches Prinzip*, Leviathan Nr. 4, 1979
- 17 Zur Kritik des Klassenreduktionismus und des Instrumentalismus, siehe die Arbeiten von Poulantzas, Ernesto Laclau und Chantal Mouffe.
- 18 Über diese neo-klassischen Grenzen der deutschen Sozialdemokratie von Weimar, vgl. Giacomo Marramao: *Il politico e le trasformazioni*, Bari, De Don
- 19 Für eine weitergehende Analyse dieser Beziehungen zwischen passiver Revolution und Keynesianismus verweise ich auf unser Buch *Le défi social-démocrate: »Une nouvelle théorisation de la social-démocratie«*, a. a. O. Der Begriff der passiven Revolution findet sich in *Gramsci et l'Etat* (Fayard 1975) näher untersucht und er war das Thema einer Analyse auf dem Gramsci-Kolloquium in Florenz 1977. Vgl. dazu: Christine Buci-Glucksmann: *Sui problemi politici della transizione: classe operaia e rivoluzione passiva*, in *Politica e Storia in Gramsci*, Roma, Riuniti 1977, englische Übersetzung in *Gramsci and Marxist Theory*, herausgegeben von Chantal Mouffe, London, Routledge and Keagan Paul, 1979
- 20 Vgl. dazu Rudolf Hickel und Richard Grauhan: *Krise des Steuerstaates, Widersprüche, Perspektiven und Ausweichstrategien*, Leviathan, Sonderheft 1, 1978
- 21 Als aktuelle Tendenz in unterschiedlichen Ausdrucksformen in den neo-konservativen post-keynesianischen Staaten.
- 22 Vgl. Offe a. a. O.
- 23 ibidem
- 24 Vgl. hierzu: Hugues Portelli: *Le socialisme français tel qu'il est*, Paris, PUF 1980
- 25 Zur Geschichte der schrittweisen Annäherung der Linken an die politischen Strukturen der V. Republik siehe Olivier Duhamel: *La gauche et la V. République*, Paris, PUF 1980. Festsustellen ist, daß diese Einheitslinie während der Spaltung der Linken aufrechterhalten wurde - und das gegen die sektiererische und anti-sozialistische Linie der KPF 1977 - 1980. Und auch in den innerparteilichen Kämpfen der sozialistischen Partei (gegen die Anhänger Rocards).
- 26 Die Wahlniederlage der KPF ist die politische Antwort auf ihre fehlende strategische Linie und auf ihre durchsichtigen taktischen Kehrrwendungen (von der Einheit zur Spaltung, dann wieder zur Regierungseinheit). Aber sie drückt auch eine tiefer gehende Identitäts- und Strategiekrisis aus, welche die Beziehungen zwischen der kommunistischen Partei und der Gesellschaft betrifft (Arbeiterklasse, Frauen, Jugend, Verankerung in den Stadtverwaltungen).
- 27 Dies reicht vom Versuch, gleich nach dem Krieg privilegierte Beziehungen zur FO zu knüpfen (infolge einer Gewerkschaftsspaltung) bis hin zur Suche nach organisierteren Beziehungen zur CFDT.
- 28 Dieser Punkt ist wesentlich, um die französische Gesellschaftsformation zu verstehen: das Politische in seiner vorherrschenden Form des Staatlichen hat ständig die Funktion der Vereinheitlichung, des Hegemonialen.
- 29 Zum Verhältnis von Keynesianismus und Mendésismus vgl. das Buch von Jean Lacouture: *Mendès-France*, Paris, Seuil, 1981
- 30 Zitiert von Pierre Birnbaum: *La classe dirigeante française*, Paris, Seuil 1978, vgl. auch (zur Analyse der Unternehmerschaft) die groß angelegte Untersuchung von A Harris und Alain de Sédouy: *Les patrons*, Paris, Seuil 1977.